

**9525/AB****vom 08.04.2022 zu 9713/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at****Bundesministerium**

Klimaschutz, Umwelt,  
Energie, Mobilität,  
Innovation und Technologie

**Leonore Gewessler, BA**  
Bundesministerin

An den  
Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 W i e n

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
+43 1 711 62-658000  
Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.112.331

. April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Herr, Genossinnen und Genossen haben am 10. Februar 2021 unter der **Nr. 9713/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Wo bleibt die Umweltstiftung? gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 13 und 16:

- *Wann nimmt die Umweltstiftung (konkretes Datum) ihre Arbeit auf?*
- *Wie viel Geld ist bisher in die Umweltstiftung geflossen?*
- *Welche konkreten Schritte betreffend die Umsetzung der Umweltstiftung wurden bereits gesetzt?*
- *Welche Schritte fehlen noch bis zur Umsetzung der Umweltstiftung?*
- *Inwiefern wurden bisher bzw. werden die Sozialpartner in den Umsetzungsprozess eingebunden?*
- *Welche Organisation wird mit der Umsetzung und Abwicklung der Umweltstiftung betraut werden?*
- *Welche Unternehmen sind voraussichtlich an der Arbeitsstiftung beteiligt?*
- *Laut Vortrag an den Ministerrat vom 6. Juli 2021 sollen 6,5 Millionen Euro der dafür budgetierten 17 Millionen Euro aus Beiträgen der beteiligten Unternehmen kommen.*
  - a. *Von welchen Unternehmen werden diese Beiträge fließen?*
  - b. *Wird zusätzlich Budget von Seiten der Bundesregierung bereitgestellt, sollten Unternehmen weniger Mittel zu Verfügung stellen?*
- *Werden die 1000 Personen für die Dauer der Ausbildung ein erhöhtes Arbeitslosengeld erhalten?*
  - a. *Wenn ja, um wie viel höher wird das Arbeitslosengeld sein?*
  - b. *Wenn nein, woran wird sich der monatliche Betrag für die 1000 Personen orientieren?*

- c. *Wird es neben dem Arbeitslosengeld ein Stiftungsstipendium geben, so wie dies bei den 360 MitarbeiterInnen der ATB der Fall war?*
- *Wie hoch schätzen Sie den Anteil der 1000 Personen, die nach der Ausbildungsphase von 18-24 Monaten, einen Job erhalten?*
- *Inwiefern wird die Umsetzung der Umweltstiftung evaluiert bzw. wissenschaftlich begleitet?*
- *Ist Ihrer Ansicht nach diese Umweltstiftung genug, um den spezifischen Fachkräftebedarf im Bereich der „Green Jobs“ abdecken zu können?*
  - a. *Wenn nein, wie viele zusätzliche Ausbildungsplätze wären dafür nötig?*
- *Im Zuge der Präsentation der Pläne zur Umweltstiftung wurde auch über Pläne zu einer folgenden Verkehrsstiftung berichtet. Diese soll sich auf Jobs im Öffentlichen Verkehr fokussieren. Was ist der Stand bez. der Verkehrsstiftung?*
  - a. *Für wie viele Personen ist diese gedacht?*
  - b. *Gibt es bereits eine Finanzierung?*
  - c. *Wenn ja, in welcher Höhe?*
  - d. *Wann soll die Verkehrsstiftung starten?*
  - e. *Wenn es noch keine konkreten Pläne zur Verkehrsstiftung gibt, wann soll mit deren Planung begonnen werden?*
- *Wie viele Jobs in fossilen Branchen in Österreich werden laut Schätzungen Ihres Ministeriums bis 2030 in Österreich abgebaut werden bzw. sind in Gefahr?*

Ich verweise dazu auf die Ausführungen in der Beantwortung zur schriftlichen parlamentarischen Anfrage 9714/J des Herrn Bundesministers für Arbeit.

#### Zu Frage 14:

- *Wie viele Personen arbeiten aktuell in sogenannten „Green Jobs“ (lt. Definition der EU) in Österreich?*

Der Bereich Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung umfasst einerseits die Tätigkeiten zur Messung, Vermeidung, Verringerung, Beschränkung oder Behebung von Umweltschäden. Darin eingeschlossen sind umweltschonende bzw. weniger umweltschädliche Technologien, Verfahren und Produkte, die die Umweltrisiken verringern und die Umweltverschmutzung auf ein Mindestmaß beschränken sowie den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen befähigen.

Dies resultiert hauptsächlich in ressourceneffizienten Gütern, Technologien und Dienstleistungen. Die von der Statistik Austria erhobenen Daten bilden den Produktionswert, die Wertschöpfung, die Exporte sowie die Beschäftigungsentwicklung ("green jobs") im Bereich der Umwelt ab. Seit der erstmaligen Erhebung dieses Wirtschaftssektors im Jahr 2008 lässt sich weitgehend ein positiver Trend erkennen.

Die aktuellen Zahlen (2019) im Bereich der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung weisen 195.751 Beschäftigte aus. Unter Einbeziehung der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr waren es sogar 225.947 Umweltbeschäftigte. Damit ist beinahe jede:r 20. Beschäftigte im Umweltsektor tätig.

Etwa ein Zehntel des Bruttonationalproduktes (€ 41,9 Mrd.) in Österreich wird im Umweltsektor produziert, und zwar relativ stabil seit Beginn der statistischen Erhebungen für diesen Sektor (2008). Eine leicht steigende Entwicklung hingegen zeigt sich bei der Bruttowertschöpfung (ca. 4 %, € 16,8 Mrd.), wenngleich hier lediglich Daten seit dem Jahr 2014 zur Verfügung stehen. Eine ähnliche Entwicklung weist der Exportanteil auf (6 %, € 13,4 Mrd.).

**Zu Frage 15:**

- Wie viele zusätzliche „Green Jobs“ werden laut Schätzungen Ihres Ministeriums bis 2030 in Österreich entstehen?

Seitens des BMK gibt es keine Schätzungen zur Entwicklung der „Green Jobs“ in Österreich, da es bereits bei der europäischen Definition (EUROSTAT) mehrfach Änderungen gab, die teilweise beachtliche Schwankungen bei den „Green Jobs“-Zahlen nach sich gezogen haben. Darüber hinaus sind die Konjunkturentwicklung, Förderungen, Eigendynamik des doch sehr heterogenen Sektors etc. ausschlaggebend für die Entwicklung. Selbst die Statistik Austria hat hierzu keine Schätzungen.

**Zu Frage 17:**

- Gibt es neben den angekündigten Umweltstiftungen andere vom Bund initiierte oder geförderte Programme, um die Um-, Weiter- oder Ausbildung von Personen in Österreich für Green Jobs zu fördern?
- a. Wenn ja, welche?
  - b. Wenn ja, wie viel Budget steht/stand dafür jährlich (voraussichtlich) zu Verfügung (für das Jahr 2019, 2020, 2021, 2022 bzw. 2023 & 2024)?

Eingangs darf auf die Ausführungen in der Beantwortung zur schriftlichen parlamentarischen Anfrage 9714/J des Herrn Bundesministers für Arbeit verwiesen werden.

Die ÖBB als ein Beispiel der BMK-Beteiligungen, die Green Jobs bieten, rekrutieren laufend neue Beschäftigte und bilden diese für mehr als 100 Berufsfelder aus und weiter.

So leistet etwa die Lehrlingsausbildung der ÖBB-Infrastruktur AG einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung junger Facharbeiter:innen in vorrangig infrastrukturrelevanten Berufen und damit einen Beitrag zum Erhalt des umweltfreundlichen Systems Bahn. Diese Berufe und Arbeitsplätze sind daher als „Green Jobs“ zu bewerten.

Beispielsweise hat die ÖBB Infrastruktur AG im Jahr 2020 als Beitrag zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam mit dem AMS Wien eine Maßnahme umgesetzt, in der 50 zusätzliche Ausbildungsplätze nach §30 BAG (Überbetriebliche Ausbildung) zur Verfügung gestellt wurden.

Diese zusätzlichen Ausbildungsplätze sind in zukunftsweisenden und „grünen“ Ausbildungsberufen umgesetzt worden:

- Elektrotechnik – Anlagen- und Betriebstechnik
- Elektrotechnik – Energietechnik
- Kälteanlagentechnik

Der Bund hat über das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie im Zuschussvertrag §42 und dem Anhang zur Lehrlingsausbildung 2020-2025 dazu Gelder in der Höhe von € 1 449 639 eingestellt.

Beim ÖBB Postbus werden laufend arbeitslose Frauen, die vom AMS vermittelt werden, zu Postbus-Lenkerinnen ausgebildet. Das AMS rekrutiert die Kandidatinnen und bezahlt den Kurs für den Busführerschein. Postbus garantiert die Übernahme und anschließende Ausbildung

zur Berufskraftfahrerin. 2021 wurden 50 Lenkerinnen ausgebildet und übernommen. Für 2022 läuft derzeit noch das Recruiting über das AMS.

Weiters haben das AMS und die Stiftung AUFLEB seit Dezember 2021 eine Kooperation mit ÖBB Postbus, um Frauen als Mechanikerinnen zu rekrutieren. Diese Frauen werden von Postbus sofort aufgenommen und in einer verkürzten Ausbildung zu KFZ-Technikerinnen ausgebildet. Das AMS gibt eine Zusatzfinanzierung, um die Lebenshaltungskosten der Frauen in Ausbildung zu decken. ÖBB Postbus bezahlt einen Verwaltungskostenbeitrag von rd. 500 EUR pro Monat.

Im Rahmen der Klimaschutzinitiative klimaaktiv des BMK wird - in Kooperation mit etwa 35 Bildungsanbietern wie Fachhochschulen, Universitäten, HTLs, Verbänden und weiteren Bildungsträgern - Fachwissen an Aus- und Weiterbildungsteilnehmer:innen vermittelt. Für die Qualitätssicherung der Produkte und die Entwicklung von Bildungsangeboten und neuen Lernformaten ist für 2022 ein Budget in der Höhe von € 150.000 vorgesehen.

Leonore Gewessler, BA

